

KommMit



Jahresbericht 2024

KommMit-PSZ Brandenburg

Vorwort

Liebe Unterstützer:innen und Kooperationspartner:innen der Arbeit unseres PSZ Brandenburg, liebe Interessierte,

nachdem es uns im Jahr 2023 gelungen war, mit der Unterstützung vieler Mittelgeber auf Bundes-, Landes- und Landkreisebene sowie durch Stiftungen und die evangelische Kirche psychosoziale Beratungsstellen für geflüchtete Menschen in zehn Städten und Landkreisen aufzubauen, haben wir im Jahr 2024 besonderen Wert auf eine bessere Vernetzung mit anderen Gesundheitsakteuren sowie auf die konzeptionelle Weiterentwicklung unserer Angebote für Geflüchtete gelegt.

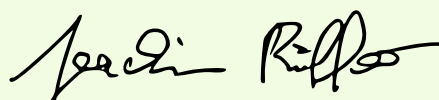
Wir waren im Land im Rahmen der „Arbeitsgruppe Gesundheit und Menschenrechte“ des Landesintegrationsbeirats an einem intensiven Prozess der Erhebung von Erfahrungen und der Entwicklung von Verbesserungsvorschlägen zur psychosozialen Versorgung Geflüchteter beteiligt. In diesen Prozess waren zahlreiche Akteure der Gesundheitsarbeit eingebunden. Daraus wurden Empfehlungen für die Verbesserung des psychosozialen Versorgungsangebots für geflüchtete Menschen an die neue Landesregierung formuliert.

Einige Ergebnisse möchte ich hervorheben: Um uninformierte Entscheidungen zu vermeiden und eine adäquate Versorgung psychisch schwer belasteter Geflüchteter zu erreichen, bedarf es auf regionaler und lokaler Ebene eines besseren Verständnisses für die Arbeit der verschiedenen Akteure sowie einer Intensivierung der Kooperation zwischen ihnen (Sozial- und Ausländerbehörden, Gesundheitsämter, Kliniken, Nichtregierungsorganisationen). Zunehmend gewannen wir Zugang zu den öffentlichen Gesundheitsdiensten und regionalen Koordinierungsrunden. Zu niedergelassenen Psychotherapeut:innen haben geflüchtete Menschen – obwohl dem keine

formalen Hindernisse entgegenstehen – weiterhin faktisch keinen Zugang.

Neben den aufgestockten Angeboten einzelner Landkreise (Flüchtlingsteams in den SPD) und der Entwicklung adäquater Angebote in Kliniken (stationsäquivalente Behandlung) stellen daher die Angebote der Nichtregierungsorganisationen auch im Jahr 2024 ein wesentliches Versorgungselement für psychisch schwer belastete Geflüchtete dar. Dieses muss für die Zukunft gesichert und weiter ausgebaut werden. Hierzu sollten durch die Ermächtigung der PSZ zu kassentherapeutischen Leistungen, durch therapeutische Angebote im Rahmen der Eingliederungshilfe im Auftrag der Landkreise und Städte und durch tagesklinische Angebote Maßnahmen entwickelt werden, die sowohl den komplexen Bedarfen traumatisierter und misshandelter geflüchteter Menschen gerecht werden, als auch finanzielle Anerkennung im gesundheitlichen Regelsystem finden.

Mit freundlichen Grüßen



Joachim Rüffer

Vorstandsvorsitzender von KommMit e. V.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
PSZ Brandenburg	4
Unsere Arbeit in Zahlen	6
Unser Jahr 2024 im Rückblick	9
Von Gutscheinen zur Bezahlkarte	17
Interview: Leben in Ungewissheit	22
Empfehlungen für die Verbesserung der psychosozialen Versorgung	25
Finanzen	28
Spende in unseren Hilfetopf	29
Verweise	30

PSZ Brandenburg

KommMit – für Migrant:innen und Geflüchtete und das Psychosoziale Zentrum für geflüchtete Menschen (PSZ) Brandenburg unterstützen seit über zehn Jahren die psychosoziale Versorgung und rechtliche Beratung von geflüchteten Menschen im Land Brandenburg. KommMit e.V. wurde im Jahr 2013 von langjährig in der Arbeit mit geflüchteten Menschen in Berlin und Brandenburg tätigen Mitarbeiter:innen ins Leben gerufen. Es ist ein eingetragener und gemeinnütziger Verein, der aus dem Psychosozialen Zentrum für geflüchtete Menschen in Brandenburg (PSZ) und dem Beratungs- und Betreuungszentrum für junge Geflüchtete und Migrant:innen in Berlin (BBZ) besteht.

Das PSZ Brandenburg versteht sich als Einrichtung der spezialisierten psychosozialen Beratung und gesundheitlichen Versorgung von geflüchteten Menschen. Wir unterstützen und beraten psychisch belastete geflüchtete Menschen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, ihrer Nationalität, ihrer sexuellen Identität und Orientierung, ihrer politischen, religiösen, ethnischen oder sonstigen Zugehörigkeit.

Unser Angebot umfasst:

- Psychosoziale Beratung
- Psychologische Beratung
- Psychotherapie
- Kunsttherapie
- Erstorientierung und Sozialberatung
- Asylverfahrensberatung
- Qualifizierungsprogramme für Fachkräfte in der Migrationssozialarbeit
- Die Verbesserung der Wohnbedingungen geflüchteter Menschen

Unsere Ziele

Ziel der Arbeit des Vereins ist es, die psychische, gesundheitliche, soziale und rechtliche Situation von geflüchteten Menschen in Brandenburg zu verbessern. Insbesondere sollen Personen, die aufgrund von Folter, Verfolgung, Kriegserlebnissen, Misshandlungen oder Flucht an psychischen Problemen leiden, besser versorgt und in ihrem Leben in Deutschland unterstützt werden.

Standorte

Das PSZ ist in 13 Landkreisen und kreisfreien Städten in Brandenburg sowie in Berlin vertreten und versorgt an über 20 verschiedenen Standorten geflüchtete Menschen. Besonders in den Landkreisen, in denen wir feste Beratungsstandorte etabliert haben, sind wir gut vernetzt. Wir beteiligen uns aktiv an regionalen Gremien und Arbeitsgemeinschaften und bringen unsere Fachkompetenzen gezielt ein. Durch die enge Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen und Strukturen vor Ort bemühen wir uns sicherzustellen, dass geflüchtete Menschen umfassend unterstützt werden.

13 Projekte

zur psychologischen, psychosozialen und rechtlichen Betreuung geflüchteter Menschen werden vom PSZ Brandenburg durchgeführt.

20 Standorte

in 13 verschiedenen Landkreisen und Städten werden Geflüchtete durch das PSZ Brandenburg betreut.



65 Mitarbeitende

darunter Psycholog:innen, Sozialarbeitende, Verwaltungskräfte, Projektkoordinator:innen und Referent:innen. Zusätzlich arbeiten wir mit Honorarkräften und Ehrenamtlichen zusammen.

Unsere Arbeit in Zahlen

3.740 betreute Klient:innen (1,2,3,4,7,8,9,12)

1.765 in psychosozialer und psychologischer
Beratung mit über **5.400** Sitzungen (1,2,3,4,7)

1.750 in rechtlicher Beratung mit über
2.150 Beratungen (8,9)

225 in Gruppenangeboten (2,4,12)

573

Teilnehmende in
unseren **Schulungen**
des Qualifi-
zierungsprogramm
und des Bundespr-
gramm.^{2,13}

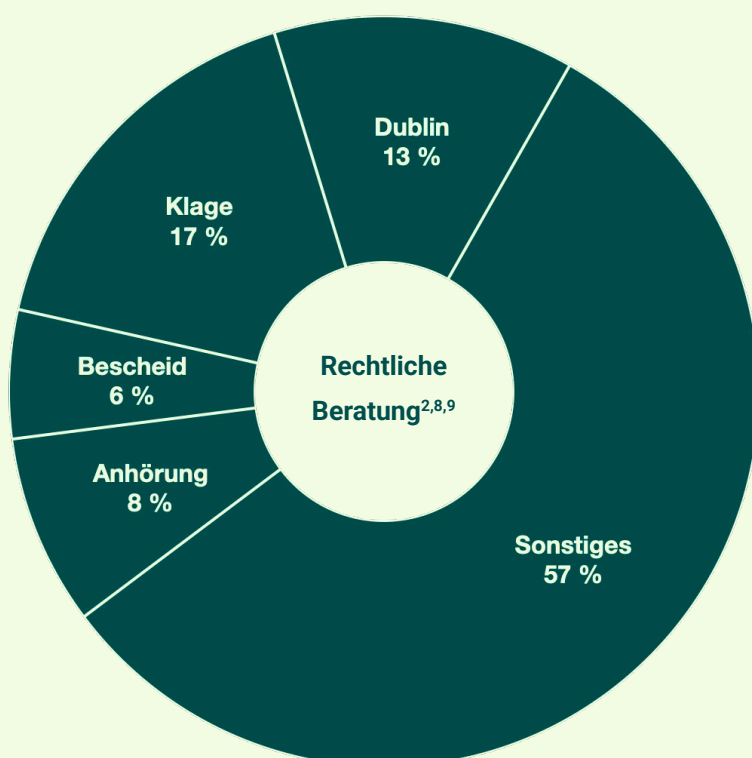
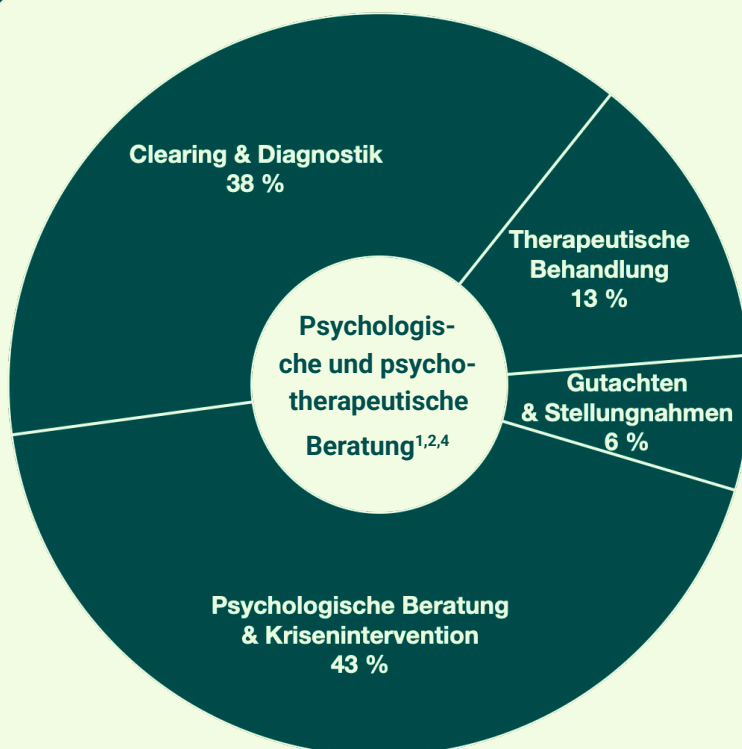


19

Schulungen wurden
von uns im 2024
durchgeführt.^{2,13}



Bedarfe unserer Klient:innen



34,6 %

unserer Klient:innen
sind **weiblich** oder
divers.^{1,2,3,7,8,9,12}



16,5 %

der Klient:innen sind
minderjährig.^{1,2,4,7,8,9,12}



17,8 %

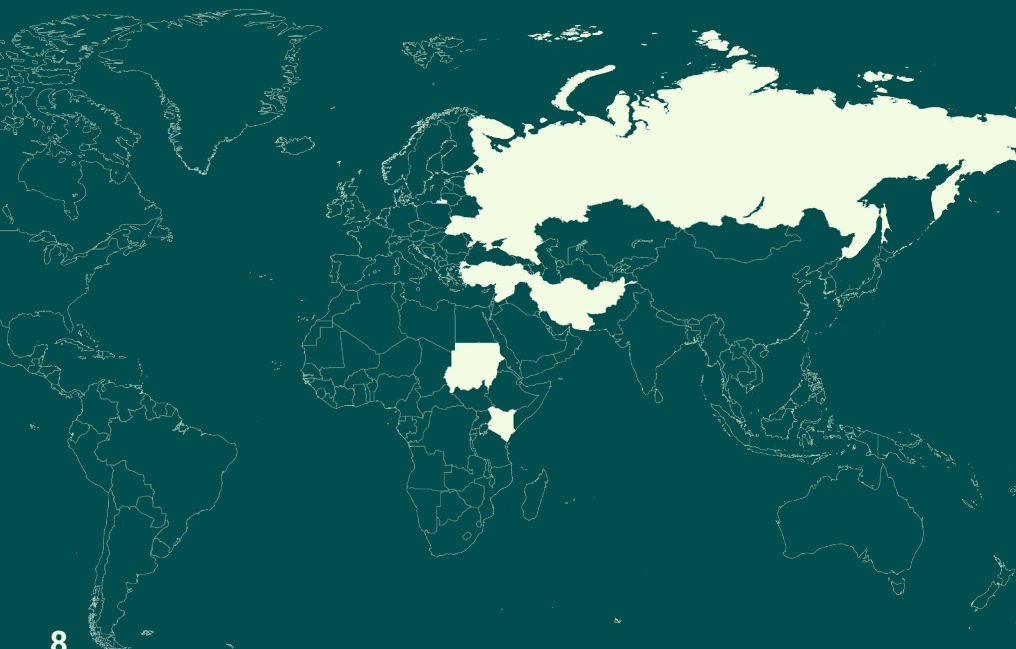
haben einen **besonderen Schutzbedarf**,
darunter am häufigsten: psychologische
Erkrankung (35 %), Folterüberlebende (19 %)
und Minderjährige (17 %).^{1,8,9}



1,1 %

unserer Klient:innen
sind **über 65 Jahre**
alt.^{1,2,3,7,8,9,12}

Die 10 häufigsten Herkunftsländer



Syrien (16,9 %)
Afghanistan (14,3 %)
Kenia (11,4 %)
Ukraine (8,8 %)
Kamerun (6,9 %)
Türkei (5,0 %)
Sudan (4,6 %)
Russland (4,6 %)
Iran (4,1 %)
Sonstige (23,3 %)

Unser Jahr 2024 im Rückblick

Arbeit, Schwerpunkte und Entwicklungen

Unser Jahresbericht 2024 bietet einen Überblick über die Entwicklungen und Herausforderungen der psychosozialen Versorgung geflüchteter Menschen in Brandenburg. Über die Betreuung und Unterstützung Schutzsuchender hinaus lag unser Fokus im vergangenen Jahr auf einer klaren Positionierung in fachlichen Debatten sowie auf der aktiven Mitgestaltung öffentlicher Diskurse rund um Migration und Teilhabe in Brandenburg.

Das Jahr war durch ein „Superwahljahr“ mit Kommunalwahlen, Europawahl und Landtagswahl in Brandenburg geprägt. Dies brachte nicht nur neue Chancen für gesellschaftliche Teilhabe, sondern führte auch zu einer Zuspitzung öffentlicher Auseinandersetzungen. Rechtsextreme und ausgrenzende Rhetoriken waren im Wahlkampf allgegenwärtig. Für uns bedeutete dies, unsere fachliche Arbeit mit einer verstärkten öffentlichen Haltung gegen Rassismus und Ausgrenzung sowie für eine offene Gesellschaft zu verbinden.



Fluchtkontext Brandenburg, Deutschland und global

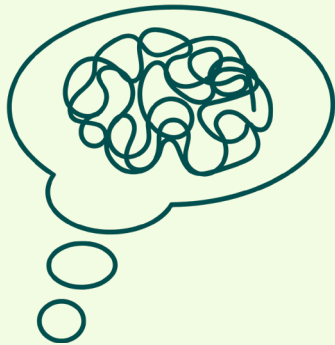
Zwei Drittel der geflüchteten Menschen weltweit finden Schutz in Nachbarländern. Weltweit erreichte die Zahl der gewaltsam vertriebenen Menschen Ende 2024 mit 123,2 Millionen einen neuen Höchststand.¹⁴ Dies entsprach einem Zuwachs von rund sieben Millionen im Vergleich zum Vorjahr. Die größten Fluchtursachen waren die Kriege in Sudan (14,3 Mio. Vertriebene),

Syrien (13,5 Mio.), Afghanistan (10,3 Mio.) und in der Ukraine (8,8 Mio.). Auch Konflikte in Haiti, Kongo und Gaza führten zu massiven Fluchtbewegungen.

Deutschland war 2024 weltweit das Land mit der dritthöchsten Zahl an neuen Asylanträgen (229.800) nach den USA und Ägypten. Insgesamt lebten Ende des Jahres rund 2,7 Millionen Schutzsuchende im Bundesgebiet, darunter mehr als 1,2 Millionen geflüchtete Menschen aus der Ukraine, deren Aufenthaltstitel bis zum 4. März 2026 verlängert wurden.¹⁵ Insgesamt wurden bundesweit 250.945 Asylanträge gestellt, was einem Rückgang von knapp 29 Prozent gegenüber 2023 entspricht. Davon entfielen 229.751 auf Erstanträge und 21.194 auf Folgeanträge.¹⁶ Die häufigsten Herkunftsländer waren Syrien, Afghanistan und die Türkei, gefolgt vom Irak und Iran. Parallel dazu stieg die Zahl der Abschiebungen deutlich an: 20.084 Menschen wurden 2024 abgeschoben, ein Anstieg von 22 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Hinzu kamen 5.827 Dublin-Überstellungen in andere EU-Staaten, v. a. nach Österreich, Frankreich und Spanien.^{17, 18}

Im Land Brandenburg wurden im Jahr 2024 insgesamt 5.883 Asylersuchen gestellt. Dies entsprach einem bundesweiten Anteil von 2,6 Prozent.¹⁵ In den Landkreisen und kreisfreien Städten wohnten Ende des Jahres rund 20.447 geflüchtete Menschen, was einen leichten Rück-

gang von 700 im Vergleich zu 2023 bedeutete.¹⁹ Die Landesregierung hat das Aufnahmesoll für Brandenburg während des Jahres auf 11.800 Personen reduziert.²⁰ Mit 178 Abschiebungen verzeichnete Brandenburg im Bundesvergleich einen der niedrigsten Werte.¹⁷



Themen, Herausforderungen und Problemlagen in der psychosozialen Arbeit

Die psychosoziale Arbeit mit geflüchteten Menschen stellt Fachkräfte auch weiterhin vor große Herausforderungen. Psychologie, Medizin, Sozialarbeit, Rechtsberatung und Gemeinwesenarbeit müssen ineinandergreifen, um Schutzsuchende wirksam zu unterstützen und ihre Teilhabechancen nachhaltig zu verbessern.

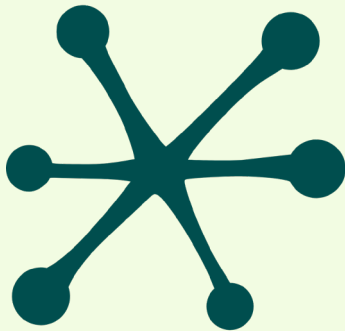
Im ländlichen Raum Brandenburgs zeigt sich weiterhin ein hoher Unterstützungsbedarf. Große Entfernungen, fehlende Infrastruktur und geringe Fachkapazitäten erschweren den Zugang zu Beratungsstellen, medizinischer Versorgung, Sprachkursen und Teilhabeangeboten. Viele Klient:innen berichteten von erheblichen Schwierigkeiten, notwendige Leistungen in Anspruch nehmen zu können. Es bräuchte hier deutlich mehr flächendeckende Strukturen und niedrigschwellige Zugänge, um den bestehenden Bedarf angemessen zu decken.

Trotz der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) bleibt der Zugang zu ambulanter psychotherapeutischer Versorgung für Geflüchtete faktisch stark eingeschränkt. Niedergelassene Psychotherapeut:innen sind vieler-

orts durch die Versorgung der einheimischen Bevölkerung ausgelastet und sehen sich häufig nicht in der Lage, Menschen mit Flucht-, Verfolgungs- oder Gewalterfahrungen und geringen Deutschkenntnissen zu behandeln. Auch wenn sich die Sprachmittlung über den in Brandenburg kostenlos zur Verfügung stehenden Video- und Telefondolmetschdienst SAVD als hilfreiches Instrument bewährt hat, wird sie bislang nicht flächendeckend eingesetzt.

Ein zentrales Thema bleibt auch die Unterbringungssituation. Die Mehrheit der geflüchteten Menschen lebt nach wie vor in Gemeinschaftsunterkünften, die den Bedürfnissen besonders schutzbedürftiger Gruppen, etwa von Frauen, Familien oder traumatisierten Personen, nicht gerecht werden. Zwar gibt es in manchen Regionen Brandenburgs erheblichen Leerstand, insbesondere in ländlichen oder strukturschwachen Gebieten, doch dieser Wohnraum ist oft nicht unmittelbar nutzbar: Er ist baulich nicht geeignet oder liegt in Gegenden ohne ausreichende Infrastruktur, medizinische Versorgung, Bildungsangebote oder verlässliche ÖPNV-Anbindung. Dadurch fehlen mancherorts Alternativen zur Unterbringung in Sammelunterkünften. Erschwerend kommt hinzu, dass vielen Asylbewerber:innen die Übernahme der Kosten für die Anmietung privaten Wohnraums durch die örtlichen Sozialämter weiterhin verweigert wird, meist unter Verweis auf das Asylgesetz (AsylG) und das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Diese Praxis führt dazu, dass viele Menschen über lange Zeit in Gemeinschaftsunterkünften verbleiben müssen. Für viele Geflüchtete wäre es von entscheidender Bedeutung, früher Zugang zu eigenem Wohnraum zu erhalten, um Stabilität, Privatsphäre und gesellschaftliche Teilhabe zu erreichen. Angesichts der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt bräuchte es flexiblere Lösungen und eine stärkere Unterstützung dezentraler Wohnformen, um soziale Teilhabe zu ermöglichen und psychische Belastungen zu verringern.

Darüber hinaus beeinflusste die finanzielle Lage psychosozialer Einrichtungen die Arbeit im Jahr 2024 spürbar. Vorgesehene Kürzungen öffentlicher Mittel stellten wichtige Unterstützungsangebote in Brandenburg infrage. Eine verlässliche und langfristige Finanzierung ist jedoch notwendig, um erfolgreiche Strukturen zu erhalten, erfahrene Fachkräfte zu sichern und dem steigenden Unterstützungsbedarf gerecht zu werden.



Projekte 2024

Das durch den Asyl-, Migrations- und Integrationsfond (AMIF) der Europäischen Union finanzierte Projekt *Hürden nehmen – Psychosoziale Versorgung für Geflüchtete* ermöglicht niedrigschwellige psychosoziale und psychologische Beratung in elf Landkreisen und durch ein überregionales Team. 2024 wurde eine weitere Beratungsstelle in Potsdam-Mittelmark aufgebaut, womit unsere Präsenz in Brandenburg weiter wuchs. Das Angebot richtete sich an Erwachsene, Kinder und Jugendliche mit psychischen Belastungen infolge von Krieg, Verfolgung oder Flucht. Neben individueller Beratung und psychologischer Begleitung entwickelten die Teams Gruppenangebote, die psychosoziale Stabilisierung, Psychoedukation, Alltagsbewältigung und Teilhabe fördern. Neu aufgebaut wurde zudem ein psychologisches Beratungsangebot in Eisenhüttenstadt unweit der Erstaufnahmeeinrichtung.

Im Laufe des Jahres wurden u. a. umgesetzt:

- drei kunsttherapeutische Gruppen für Kinder

- in Barnim, Märkisch-Oderland und Oberhavel
- zwei Kochgruppen mit psychoedukativen Elementen in Potsdam und Märkisch-Oderland
- eine Gesprächsgruppe für ukrainische Mütter sowie ein psychoedukatives Angebot für ukrainische Eltern
- eine Boxgruppe für junge Erwachsene in Potsdam
- eine Zumbagruppe für Frauen in Oberhavel

Diese Aktivitäten boten Geflüchteten geschützte Räume, in denen Austausch, Stabilisierung und Entlastung möglich wurden.

Das Projekt *Psychotherapeutische und psychosoziale Versorgung traumatisierter Geflüchteter* richtet sich insbesondere an Menschen mit traumaassoziierten Erkrankungen, etwa nach Folter, Gewalt oder Kriegserfahrungen. Angeboten werden psychotherapeutische Beratung zur Stabilisierung, Verarbeitung und Wiederherstellung psychischer Handlungsfähigkeit.

Im Projekt *Muttersprachliche psychosoziale Unterstützung für Geflüchtete aus der Ukraine* bieten ukrainischsprachige Psycholog:innen kultursensible, niedrigschwellige Unterstützung für ukrainische Frauen und Kinder an. Ziel ist die Prävention psychischer Erkrankungen sowie die Stabilisierung nach Flucht und Belastung durch Kriegserfahrung.

Im Auftrag des Landkreises Barnim bieten wir im Projekt *Psychosoziale Versorgung im Landkreis Barnim* psychosoziale und psychologische Beratung für dort lebende Geflüchtete an. Die frühzeitige Unterstützung reduziert Belastungen, erleichtert Zugänge zu Hilfsangeboten und stärkt Integrationsprozesse.

Im Projekt *Psychosoziale Versorgung im Landkreis Teltow-Fläming* wurde die Versorgung weiter ausgebaut. Durch individuelle Beratung, Krisenintervention und therapeutische Begleitung soll die psychische Stabilität geflüchteter Menschen verbessert und ihre gesellschaftliche Teil-

Eindrücke unserer Arbeit

Kinder-Kreativgruppe und Eltern-Gesprächsgruppe in Oberhavel

In der Elterngruppe haben Mütter und Väter mit Fluchthintergrund die Möglichkeit, sich in einem geschützten Rahmen auszutauschen.



Die Gruppe wird von einem Psychologen und einer Sozialpädagogin geleitet.



Die Kinder können im Kunstatelier ihrer Kreativität freien Lauf lassen.

2024 fanden in Oranienburg alle zwei Wochen parallel eine Eltern-Gesprächsgruppe und eine Kinder-Kreativgruppe für Familien mit Fluchthintergrund statt. Während die Kinder kreativ arbeiteten, tauschten sich die Eltern in einer professionell begleiteten Gesprächsgruppe aus.



Im Jahr 2024 wurden wir Mitglied im Aktionsbündnis Brandenburg.
© Christian Schneider

Im Juni haben wir unsere Arbeit beim Markt der Möglichkeiten in Lauchhammer vorgestellt und sind mit den Besucher:innen ins Gespräch gekommen.



Unser Beratungsraum in Frankfurt (Oder): Familienfreundliche Beratung bedeutet bei uns auch Raum zum Spielen und Wohlfühlen.

„Carrying a heavy burden of pain and trauma, and living with the constant fear of uncertainty, I found myself in darkness. But thanks to the dedicated mental health support from KommMit, I have found strength and a sense of belonging during this difficult time – especially in the face of language barrier and legal restrictions.“

A.N., 40, aus Syrien



Anlässlich des Internationalen Tags der Toleranz setzten wir bei einer solidarischen Fotoaktion ein Zeichen für Zusammenhalt.



Im Juli veranstalteten wir den Fachtag „Ge-flüchtete Menschen in ländlichen Räumen“, dem wir Fragen von Wohnen und Teilhabe im ländlichen Brandenburg diskutierten.

habe gefördert werden.

Das Projekt *Psychosoziales Angebot für belastete Flüchtlingskinder* richtet sich in Teltow-Fläming in den Übergangswohnheimen Ludwigsfelde und Luckenwalde an Kinder im Vor- und Grundschulalter sowie ihre Familien. In kunsttherapeutischen Gruppen erhalten die Kinder Raum für Ausdruck, emotionale Verarbeitung und Stärkung ihrer Selbstwirksamkeit. Ergänzend werden Eltern psychologisch begleitet, um die familiäre Situation zu stabilisieren und die Alltagsbewältigung zu unterstützen.

Mit dem Projekt *Psychosoziale Gesundheitsressourcen in Märkisch-Oderland stärken* werden an den Standorten Bad Freienwalde und Neuhausen-Geflüchtete und Menschen mit Migrationsgeschichte in ländlichen Regionen unterstützt. Das Projekt verfolgt einen partizipativen Ansatz und stärkt durch Qualifizierungen zudem lokale Fachkräfte in Wohnheimen, Beratungsstellen und sozialen Diensten. Ziel ist der langfristige Aufbau tragfähiger regionaler Gesundheitsstrukturen.

Das Projekt *Einzelfall- und Familienhilfe für besonders schutzbedürftige Geflüchtete* verband psychotherapeutische und soziale Unterstützung mit einer intensiven, individuell zugeschnittenen Begleitung von Einzelpersonen und Familien. Es zielte auf psychische Stabilisierung, soziale Integration und verbesserte Teilhabechancen ab und wurde am 15.04.2024 erfolgreich abgeschlossen.

Im Verbundprojekt *VASiB – Verbesserung der Aufnahmebedingungen für Schutzsuchende* wurde gemeinsam mit der Kooperation für geflüchtete Menschen in Brandenburg (KFB) der Paradigmenwechsel „Wohnen statt Unterbringung“ verfolgt. Zum Projekt gehören die Erstorientierung und Sozialberatung, die Wohnungsberatung für den Übergang in privaten Wohnraum, Maßnahmen, die zur Erhöhung der Förderung der gesellschaftlichen Akzeptanz von geflüchte-

ten Menschen in Brandenburg beitragen sowie die Qualifizierung der Fachberatungsdienste durch Fortbildungen, Vernetzung und Coaching. Wir entwickeln zudem ein Konzept für besondere Wohnformen für psychisch belastete Geflüchtete (betreutes Einzel- und Gruppenwohnen), das perspektivisch in Brandenburger Kommunen umgesetzt werden soll. In einer ersten Stufe sollen psychisch stark belastete Personen über Maßnahmen der Eingliederungshilfe in ihrer Alltagsbewältigung unterstützt werden.

Zwei Referent:innen begleiten regionale Initiativen dabei, die Wohnbedingungen für Geflüchtete zu verbessern. Durch runde Tische und lokale Austauschforen werden Erfahrungen gebündelt und Strategien für eine bedarfsorientierte Unterbringung entwickelt. Ziel bleibt, dass Geflüchtete frühzeitig in privaten Wohnungen leben und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Die *unabhängige Asylverfahrensberatung* wurde 2024 in den Erstaufnahmeeinrichtungen Eisenhüttenstadt und Wünsdorf fortgeführt. Besondere Aufmerksamkeit galt vulnerablen und queeren Schutzsuchenden. Die Beratung stellt sicher, dass Betroffene den Ablauf und die rechtlichen Rahmenbedingungen des Asylverfahrens verstehen und während des gesamten Prozesses fachkundig begleitet werden.

Die *unabhängige Rechtsmittelberatung* wird seit 2019 in der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung Eisenhüttenstadt angeboten. An drei Tagen pro Woche erhalten Bewohner:innen Unterstützung bei asyl-, aufenthalts- und sozialrechtlichen Fragestellungen. Das Angebot stärkt den Zugang zu rechtlicher Information und die Wahrnehmung eigener Rechte.

Im Jahr 2024 wurde die *Asylverfahrens- und Sozialberatung im Landkreis Elbe-Elster* fortgeführt. Sie unterstützt Geflüchtete dabei, sich in komplexen asyl- und ausländerrechtlichen Verfahren zurechtzufinden, und leistet einen wichtigen Bei-

trag zur Stabilisierung angesichts psychischer Belastungen und sozialer Problemlagen.

Mit der *Rechtsberatung für suchterkrankte obdachlose Geflüchtete* bieten wir am Berliner Leopoldplatz zweimal pro Woche ein niedrigschwelliges Unterstützungsangebot für Menschen an, die von Wohnungslosigkeit, Suchterkrankungen und psychischer Belastung betroffen sind. Die Beratung hilft, den Kontakt zu Behörden und Hilfesystemen wiederherzustellen und Zugänge zur Gesundheitsversorgung sowie rechtlicher Unterstützung zu ermöglichen.

Im Spätsommer und Herbst konnten wir im Projekt *Familienferienreisen für Geflüchtete aus Brandenburg im Jahr 2024* insgesamt vier Ferienreisen – nach Norderney, ins Monbachtal, auf die Hallig Hooe und nach Kronach – durchführen. An diesen Reisen nahmen insgesamt 139 Personen, darunter 80 Kinder und Jugendliche, teil.



Veranstaltungen

Unsere Veranstaltungen setzten 2024 inhaltliche und politische Schwerpunkte und boten Raum für Austausch. Im Januar führten wir in Doberlug-Kirchhain gemeinsam mit *Aufstehen gegen Rassismus* den Workshop „Stammtischkämpfer:innen“ durch. Die Teilnehmenden entwickelten Strategien für den Umgang mit rechtsextremen und rassistischen Argumentationen und stärkten ihre Handlungskompetenzen.

Im Juli organisierten wir in Potsdam den Fachtag „Geflüchtete Menschen in ländlichen Räumen“. Rund 80 Teilnehmende diskutierten Fragen von Wohnen, Teilhabe und Integration im ländlichen

Brandenburg. Die Ergebnisse flossen direkt in unsere Netzwerkarbeit und unsere politischen Forderungen ein.

Darüber hinaus waren wir mit Infoständen auf mehreren lokalen Veranstaltungen vertreten, haben unsere Arbeit vorgestellt und uns mit den zahlreichen Besucher:innen ausgetauscht. So nahmen wir im April am Demokratiefest in Oranienburg, im Mai an den Toleranzräumen in Neuruppin, im Juni am Markt der Möglichkeiten in Lauchhammer sowie im September an der Interkulturellen Woche in Eisenhüttenstadt teil.



Qualifizierungsprogramm für Fachkräfte

Auch im Jahr 2024 boten wir gemeinsam mit der KFB eine umfassende Fortbildungsreihe für Mitarbeiter:innen der Fachberatungsdienste der Migrationssozialarbeit, für die unterbringungsnahe Sozialarbeit sowie weitere interessierte Akteur:innen im Land Brandenburg an. Ziel war es, die Fachkräfte in ihrer täglichen Arbeit mit besonders schutzbedürftigen Geflüchteten zu stärken und praxisnahes Wissen zu vermitteln.

Die Veranstaltungen fanden teils online, teils in Präsenz statt und behandelten folgende Themen:

- Grundlagen der Diagnostik: Identifizierung von traumatisierten und psychisch erkrankten Geflüchteten
- Aufenthaltsrechtliche Veränderungen durch das Rückführungsverbesserungsgesetz und das Fachkräfteeinwanderungsgesetz
- Völkerrechtliche, europäische und nationa-

le Bestimmungen: Vergegenwärtigung der Grundrechte von Geflüchteten

- Kritische Selbstreflexion in der Beratung und Selbstfürsorge
- Familiennachzug zu Geflüchteten
- Rechtslage zur Unterbringung von Geflüchteten
- Asylbewerberleistungsgesetz und Auswirkungen neuer gesetzlicher Änderungen auf das Sozialrecht
- Asylrechts- und Verfahrensberatung mit LSBITQ*-Geflüchteten
- Beratung für Opfer von rechter Gewalt, Diskriminierung und Rassismus
- Suchtprobleme bei Geflüchteten
- Kinderschutz und Kinderrechte in Gemeinschaftsunterkünften
- Gesetzliche Betreuung, Vormundschaften und Eingliederungshilfe für Geflüchtete
- Verstetigung des Aufenthaltes: Bleiberecht und Härtefallkommission
- Krisenintervention und Suizidalität

Mit dieser Bandbreite an Themen konnten praxisnahe Kompetenzen vermittelt, aktuelle rechtliche Entwicklungen aufgegriffen und Räume für kollegialen Austausch geschaffen werden.



Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen und Advocacy

Zu Beginn des Jahres 2024 veröffentlichten wir gemeinsam mit zahlreichen Fachberatungsdiensten für Geflüchtete in Brandenburg den offenen Brief „Gestalten statt spalten!“, adressiert an den Ministerpräsident des Landes Brandenburg Woidke und die demokratischen Parteien

des Landes. Darin forderten wir ein Ende populistischer Debatten, die Kommunen pauschal für eine angebliche Überlastung durch Schutzsuchende verantwortlich machen. Stattdessen müsse der Fokus auf den tatsächlichen Herausforderungen vor Ort liegen: unzureichende soziale Infrastruktur, fehlende Schul- und Kitaplätze, Wohnraummangel, eine angespannte Gesundheitsversorgung und ein unzureichender öffentlicher Nahverkehr. Geflüchtete seien nicht Ursache dieser Probleme, sondern häufig besonders davon betroffen.

Zur Landtagswahl in Brandenburg veröffentlichten wir im Herbst gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen der KFB unsere Wahlprüfsteine. Wir befragten die demokratischen Parteien im Landtag zu ihren Positionen in den Bereichen Unterbringung, Teilhabe und Wohnraumpolitik. Unsere zentrale Forderung war die Schaffung bezahlbaren Wohnraums und ein gleichberechtigter Zugang für Geflüchtete zum regulären Wohnungsmarkt.

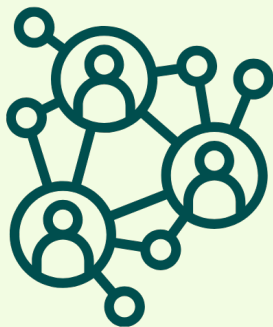
Ebenfalls im Herbst reagierten wir mit einer öffentlichen Stellungnahme auf die geplanten Kürzungen der Bundesmittel für psychosoziale Zentren (PSZ). Die im Bundeshaushalt 2025 vorgesehene Reduzierung um nahezu 50 Prozent gefährdet zentrale Versorgungsstrukturen.

Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen forderte die KFB einen grundlegenden Kurswechsel in der Unterbringungspolitik. Die Unterbringung in zentralisierten Einrichtungen müsse beendet und Wohnungen als Regelunterkunft verankert werden. Zudem sollten Maßnahmen zur Erleichterung der Anmietung privaten Wohnraums eingeführt werden.

Parallel beteiligen wir uns aktiv an Fachdiskussionen sowie an der Erarbeitung eines Empfehlungspapiers zur Verbesserung der psychosozialen Versorgung von Geflüchteten im Land Brandenburg. Der Konsultationsprozess führte zu konkreten Vorschlägen, darunter die frühzei-

tige Weiterleitung psychisch schwer erkrankter Menschen aus Erstaufnahmeeinrichtungen in die Landkreise, die Bereitstellung individueller Assistenzleistungen, liberalere Erstattungs- und Ermächtigungsregelungen durch Krankenkassen und Landkreise sowie der Aufbau spezialisierter medizinischer Versorgungszentren (MVZ).

Zudem beteiligten wir uns gemeinsam mit weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen an mehreren bundesweiten Initiativen: am offenen Brief von über 300 Organisationen „Menschen schützen statt Asylverfahren auslagern“, an der Kampagne „Notlage Menschlichkeit“ gegen das im Bundestag diskutierte sogenannte Sicherheitspaket sowie an Aktivitäten zur Fortsetzung und Ausweitung des Bundesaufnahmeprogramms Afghanistan.



Netzwerk und Kooperationen

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit im Jahr 2024 lag auf der Stärkung regionaler Netzwerke zur Verbesserung der Wohnbedingungen geflüchteter Menschen in Brandenburg. Ziel ist es, die dezentrale Unterbringung neu zu denken und sie als tragfähige Alternative zur weiterhin vorherrschenden Praxis großer Gemeinschaftsunterkünfte zu verankern.

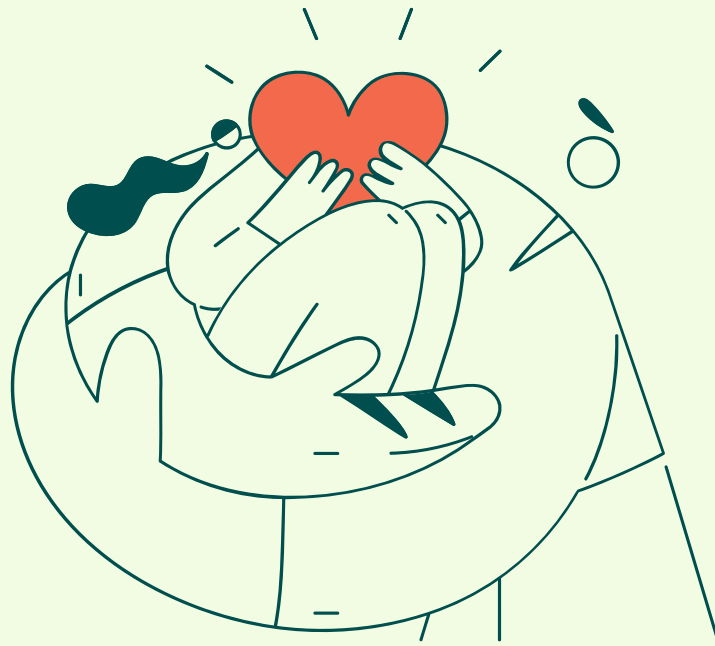
Im Laufe des Jahres führten wir zahlreiche Gespräche mit Integrationsbeauftragten, Initiativen, Nichtregierungsorganisationen sowie Vertreter:innen aus Verwaltung und Politik. Während in einigen Landkreisen bereits gut funktionierende Austauschstrukturen bestehen, zeigte sich andernorts ein deutlicher Mangel an Koopera-

tion. Die verfügbaren Kapazitäten unterscheiden sich erheblich, bedingt durch unterschiedliche finanzielle und personelle Ressourcen. Zudem prägt vielerorts ein Narrativ der Überlastung die Debatten um Unterbringung, was die Bereitschaft zur Aufnahme zusätzlich verringert.

Um konkrete Fortschritte zu erzielen, konzentrierten wir unsere Arbeit zunächst auf ausgewählte Landkreise. In Elbe-Elster unterstützten wir den Aufbau einer lokalen Gruppe, die sich nach unserem Workshop „Stammtischkämpfer:innen“ in Doberlug-Kirchhain formiert hatte. Hier entstand ein Kreis engagierter Personen, die sich künftig gegen rechtsradikale Mobilisierungen und für menschenwürdige Unterbringung einsetzen wollen.

In Potsdam-Mittelmark gelang es uns durch die Zusammenarbeit mit der Integrationsbeauftragten, Kontakt zu einem Bewohner einer Gemeinschaftsunterkunft herzustellen, der sich in Teltow für besseren Zugang zu Wohnraum einsetzt. Daraus entwickelte sich die Idee eines lokalen Pilotprojekts zur Wohnraumbeschaffung, das sowohl private Vermieter:innen als auch Wohnungsunternehmen einbezieht. Parallel dazu erstellten wir Informationsmaterialien zur dezentralen Unterbringung sowie Handreichungen zur Unterstützung lokalen Engagements. So konnten wir im Jahr 2024 wichtige Grundlagen schaffen: In ausgewählten Landkreisen entstanden neue Kontakte und Netzwerke, die Unterbringungspolitik wurde sowohl lokal als auch landesweit stärker in den Fokus gerückt, und erste Schritte hin zu einer zivilgesellschaftlich getragenen Wohnraumbeschaffung wurden eingeleitet. Auch wenn viele Vorhaben noch am Anfang stehen, zeigt sich eine wachsende Bereitschaft, bestehende Strukturen zu hinterfragen und neue Wege in Richtung dezentraler Unterbringung zu gehen.

Im November wurden wir Teil des Aktionsbündnis Brandenburg, eines Netzwerks aus über 100 landesweit aktiven Organisationen, lokalen



Bündnissen und engagierten Persönlichkeiten, die sich gemeinsam gegen Gewalt, Ausgrenzung, Rechtsextremismus und Rassismus einsetzen.

KommMit-PSZ ist Teil der „Strategiegruppe Wohnen“, einem Bündnis aus Vertreterinnen von Vereinen, Beratungsstellen, Initiativen, Selbstorganisationen, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen, der Wissenschaft, Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft aus verschiedenen Landkreisen Brandenburgs. Die Partnerinnen treffen sich regelmäßig, um aktuelle Problemlagen zu besprechen, Best-Practices auszutauschen und gemeinsame Aktionen zu entwickeln.

Darüber hinaus waren wir 2024 in mehreren

Fachgremien und Netzwerken aktiv, darunter die AG Migration und Gesundheit des Landesintegrationsbeirats Brandenburg, die AG des Fachzentrums für Soziale Arbeit in den Bereichen Migration und Integration (FMI) zur psychosozialen Versorgung Geflüchteter, die Mitarbeit im Dachverband psychosozialer Zentren (Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer – BafF) sowie in der AG Ost der psychosozialen Zentren Ostdeutschlands.

Von Gutscheinen zur Bezahlkarte

Die Entwicklung der Asylleistungen in Brandenburg



Die Praxis staatlicher Unterstützungsleistungen für asylsuchende Menschen in Brandenburg hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend gewandelt. Dieser Wandel spiegelt politische und gesellschaftliche Debatten wider. Dieser Überblick zeichnet die historische Entwicklung von der früheren, umstrittenen Praxis der Gutscheine bis zur Einführung der modernen Bezahlkarte nach.

Die Ära der Gutscheine: Ein umstrittenes System

So funktionierten die Gutscheine in den 2010er Jahren

In den 2010er Jahren erhielten Asylsuchende einen Großteil ihrer gesetzlichen Leistungen nicht als Bargeld, sondern in Form von Papiergutscheinen. Dieses System war mit erheblichen Einschränkungen verbunden. Die Gutscheine waren oft nur für den Kauf von Lebensmitteln in bestimmten, vertraglich gebundenen Geschäften einlösbar. Sogenannte „Genussmittel“ wie Schokolade waren vom Kauf ausgeschlossen. An der Kasse mussten die Betroffenen nicht nur den Gutschein, sondern auch ihren Ausweis vorzeigen. Wechselgeld wurde, wenn überhaupt, nur in sehr begrenztem Umfang ausgezahlt.

Kritik und Protest

Das Gutscheinsystem stieß auf breite Kritik und führte zu zivilgesellschaftlichem Protest. Die Hauptkritikpunkte lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- 1. Diskriminierung und Stigmatisierung:** Die öffentliche Nutzung der Gutscheine und die obligatorische Ausweiskontrolle an der Kasse machten die Betroffenen unweigerlich als Asylsuchende erkennbar. Dies wurde von vielen als herabwürdigend und ausgrenzend empfunden.
- 2. Eingeschränkte Autonomie:** Die Menschen konnten nicht frei entscheiden, wo und was sie einkaufen. Wichtige Bereiche des Alltagslebens, wie der Einkauf auf Wochen- oder Flohmärkten, in Second-Hand-Läden oder der Erwerb von Fahrkarten für den öffentlichen Nahverkehr, waren mit Gutscheinen nicht möglich.
- 3. Bürokratischer Aufwand:** Das System war sowohl für die Kommunalverwaltungen als auch für die beteiligten Einzelhändler mit erheblichem administrativen Aufwand und Kosten verbunden.

Das Ende der Gutscheine

Mehrere Faktoren führten zur Abschaffung des Gutscheinsystems. Der entscheidende Wendepunkt war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2012. Das Gericht stellte fest, dass „die Menschenwürde migrationspolitisch nicht zu relativieren ist“, was in der Folge zu einer Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes zugunsten von Geldleistungen führte. In Brandenburg hatten die meisten Landkreise jedoch bereits 2011 aufgrund der massiven Kritik und des hohen Verwaltungsaufwands die Praxis der Sachleistungen beendet.

Mit der weitgehenden Umstellung auf Bargeld schien die Debatte beendet. Doch rund ein Jahrzehnt später begann eine neue politische Diskussion, die nicht auf die Abschaffung, sondern auf eine neue Form der technologischen Steuerung von Leistungen abzielte.

Der Weg zur Bezahlkarte: Eine neue politische Richtung

Die erklärten Ziele hinter der Einführung

Die politische Debatte über eine Alternative zur Bargeldauszahlung gewann 2023 an Fahrt. Der erste Vorschlag zur Einführung einer Bezahlkarte in Brandenburg kam im Oktober 2023. Dieser Vorstoß mündete in einen bundesweiten Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz am 6. November 2023. Die Befürworter nannten vor allem drei zentrale Ziele und betonten, die Einführung sei „keine Diskriminierung“:

- **Steuerung der Ausgaben:** Es soll sichergestellt werden, dass die staatlichen Leistungen tatsächlich für den täglichen Lebensbedarf in Deutschland verwendet werden.
- **Bekämpfung der sog. Schleuserkriminalität:** Durch die technischen Einschränkungen der Karte soll verhindert werden, dass Gelder ins Ausland transferiert werden.
- **Reduzierung des Verwaltungsaufwands:** Die Umstellung von der Barauszahlung auf ein

digitales System soll den bürokratischen Aufwand für die Kommunen verringern und stellt ein modernes Zahlungsmittel dar.

Der Umsetzungsprozess in Brandenburg

Die Einführung der Bezahlkarte in Brandenburg folgte einem straffen Zeitplan und wurde durch mehrere administrative Schritte realisiert:

- **Anfang 2024:** Brandenburg schließt sich dem gemeinsamen Vergabeverfahren von 14 Bundesländern an, um eine einheitliche technische Lösung zu finden.
- **14. Mai 2024:** Ministerpräsident Woidke unterzeichnet eine gemeinsame Absichtserklärung mit den kommunalen Spitzenverbänden, um landesweit einheitliche Regeln und Eckpunkte für die Karte festzulegen.
- **16. Mai 2024:** Eine entscheidende Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes tritt in Kraft. Sie verankert die Bezahlkarte offiziell als eine mögliche Leistungsform neben Sach- und Geldleistungen.
- **25. September 2024:** Der Finanzdienstleister „Secupay“ erhält den Zuschlag für die technische Umsetzung der Karte, die unter dem Namen „SocialCard“ eingeführt wird.

Nachdem die politischen und administrativen Weichen gestellt waren, rückten die konkreten Regeln und die Funktionsweise der neuen Karte in den Fokus der Öffentlichkeit.

Psychosoziale Folgen

Die Einführung der Bezahlkarte hat spürbare Auswirkungen auf den Alltag vieler Geflüchteter. Die Karte begrenzt die Möglichkeit, selbstbestimmt über finanzielle Mittel zu verfügen, und schafft eine ständige Abhängigkeit von behördlichen Entscheidungen. Dies betrifft alltägliche Lebenssituationen wie den Kauf von Kleidung, Lebensmitteln oder Schulmaterialien ebenso wie die Bezahlung von Vereinsbeiträgen oder anwaltlichen Dienstleistungen.

Die fehlende Flexibilität und die Notwendigkeit,

Die Bezahlkarte in der Praxis: Regeln und Einschränkungen

Kartentyp

Guthabenbasierte Visa Debitkarte („SocialCard“), die als physische Plastikkarte oder digital auf dem Smartphone genutzt werden kann.



Branchensperre

Bestimmte Branchen sind für die Kartennutzung gesperrt. Dies betrifft insbesondere Glücksspielanbieter und Geldtransferdienste.

Bargeldabhebung

Limitiert auf **50 € pro Monat** für Erwachsene und **25 € pro Monat** für Minderjährige. In begründeten Einzelfällen kann die Grenze von der Behörde erhöht werden.

Überweisungen

Grundsätzlich nicht möglich. Behörden können jedoch Ausnahmen für bestimmte Zwecke genehmigen, z.B. für Miete, Kommunikation (Mobilfunk), Bildung (Kitas, Schulen, VHS), Gesundheit (Ärzte, Optiker), Verkehr, Anwaltskosten oder Vereinsbeiträge.

Einsatzgebiet

Bundesweit einsetzbar. Ein Einsatz im Ausland ist nicht möglich.

für Ausnahmen oder Überweisungen Anträge zu stellen, führen häufig zu Frustration und dem Gefühl, keine Kontrolle über die eigene Lebensgestaltung zu haben. Für Menschen, die bereits unter den Folgen von Flucht, Verlust und Unsicherheit leiden, kann dies zusätzliche psychische Belastungen auslösen oder bestehende Symptome verstärken. Die eingeschränkte finanzielle Selbstbestimmung wirkt sich somit unmittelbar auf das Gefühl von Autonomie, Würde und gesellschaftlicher Teilhabe aus, zentrale Faktoren für psychische Stabilität und Integration.

Praktische Hürden und Datenschutzfragen

In der praktischen Umsetzung zeigen sich zahlreiche Schwierigkeiten. Die niedrige Bargeldgrenze schränkt den Zugang zu günstigen Angeboten erheblich ein, da Kartenzahlung in vielen Geschäften, auf Märkten oder in Sozialkaufhäusern nicht möglich ist. Technische Störungen, verzögerte Aufladungen und komplizierte Verwaltungsverfahren führen zusätzlich zu Unsicherheit und Belastung.

Auch datenschutzrechtliche Fragen bleiben offen. Das Verfahren, bei dem Überweisungen einzeln freigeschaltet werden müssen, ermöglicht potenziell Einblicke in private Lebensbereiche und schränkt die informationelle Selbstbestimmung der Betroffenen ein.

Fazit

Die Entwicklung der Asylleistungen in Brandenburg von den als diskriminierend empfundenen Gutscheinen hin zur technologisch modernen, aber ebenfalls stark kritisierten Bezahlkarte, ist ein Spiegelbild gesellschaftspolitischer Konflikte. Statt tatsächliche Teilhabe zu fördern, führt die Bezahlkarte in der Praxis zu neuen Formen von Abhängigkeit, bürokratischer Kontrolle und Ausgrenzung. Sie begrenzt die finanzielle Selbstbestimmung, erschwert alltägliche Lebensführung und kann psychische Belastungen verstärken. Der Gedanke der Modernisierung wird damit durch restriktive Vorgaben überlagert, die das Vertrauen in staatliche Unterstützung untergraben.

Leben in Ungewissheit

Psychische Gesundheit geflüchteter Menschen in Brandenburg

Sophie Stopfer ist Psychologin und arbeitet seit August 2022 bei KommMit-PSZ in den Landkreisen Oberhavel und Ostprignitz-Ruppin. In ihrer täglichen Arbeit begleitet sie geflüchtete Menschen, die mit den Folgen von Unsicherheit, langen Asylverfahren und belastenden Lebensumständen umgehen müssen. In den vergangenen Monaten hat sich die Migrationspolitik auf EU-, Bundes- und Landesebene spürbar verschärft. Diese Entwicklungen beeinflussen nicht nur die rechtlichen Rahmenbedingungen, sondern auch das Leben und Wohlbefinden der Menschen, die in Brandenburg Schutz suchen. Wir haben mit ihr darüber gesprochen, wie sich die Situation derzeit entwickelt, welche psychischen Belastungen besonders häufig auftreten und was helfen kann, trotz schwieriger Bedingungen Stabilität und Vertrauen zu finden.

Wie wirkt sich die derzeitige Asyl- und Migrationspolitik auf die psychische Gesundheit der Betroffenen aus?

Sophie: Viele Abläufe ziehen sich derzeit deutlich in die Länge. Besonders im Asylverfahren gibt es längere Wartezeiten auf Rückmeldungen. Für viele bedeutet das, über Monate oder sogar Jahre in einem Zustand der Ungewissheit festzustecken. Diese ständige Unsicherheit wirkt sich stark auf die psychische Gesundheit aus. Viele fühlen sich ausgeliefert und ohnmächtig.

Gleichzeitig wird die Asyl- und Migrationspolitik immer restriktiver. Viele geflüchtete Menschen empfinden das als zusätzlichen Stress, weil sie das Gefühl haben, ihre Lebensperspektive werde noch unsicherer. Auch wir als Fachkräfte spüren diese Veränderungen. Regelungen ändern sich häufig oder Informationen sind teils unklar.

Welche Ängste und Belastungen begegnen dir in deiner Arbeit am häufigsten?

Sophie: Sehr häufig geht es um den Alltag in Gemeinschaftsunterkünften: das enge Zusammen-

leben, fehlende Privatsphäre und kaum Rückzugsmöglichkeiten. Hinzu kommen Sorgen rund um das Asylverfahren, vor allem die Angst vor Abschiebung. Viele Menschen bringen bereits psychische Belastungen mit, etwa durch Kriegserlebnisse, Gewalt oder den Verlust von Angehörigen. Auch Perspektivlosigkeit, finanzielle Sorgen und die Anpassung an ein völlig neues Umfeld sind häufige Themen. Viele Klient:innen berichten auch von großen Hürden beim Versuch, sich eine neue Perspektive in Deutschland zu erarbeiten. Wartezeiten für Deutschkurse, das Erhalten einer Arbeitserlaubnis und die Erreichbarkeit von Arbeitsstellen auf dem Land sind hierbei häufige Probleme. Die langen Wartezeiten im Asylverfahren verstärken all diese Belastungen zusätzlich.

Wie wirkt sich die anhaltende Unsicherheit über den Aufenthaltsstatus oder eine mögliche Abschiebung auf das seelische Befinden aus?

Sophie: Diese Unsicherheit ist für viele kaum auszuhalten. Sie führt zu ständiger Anspannung. Menschen schlafen schlecht, sind nervös, unkonzentriert und oft erschöpft. Wenn die Frage „Darf ich bleiben?“ über Monate oder Jahre of-

fen bleibt, wird es fast unmöglich, zur Ruhe zu kommen oder Vertrauen in die Zukunft zu entwickeln. Die Unsicherheit in Bezug auf die jeweilige Bleibeperspektive erschwert es den Klient:innen häufig auch, die Motivation und Energie, die in Integrationsleistungen gesteckt werden müsste aufrecht zu erhalten. Sie haben oft das Gefühl, dass ihre Mühen bei einer möglichen Ablehnung ins Nichts laufen würden.

Inwiefern beeinflussen Angst und Unsicherheit das Vertrauen in Institutionen und das Gefühl, Teil der Gesellschaft zu sein?

Sophie: Viele entwickeln ein gewisses Misstrauen gegenüber Behörden und Institutionen, besonders dann, wenn Entscheidungen als intransparent oder ungerecht wahrgenommen werden. Das erschwert den Integrationsprozess erheblich. Es liegt dabei nicht am fehlenden Willen, sondern daran, dass sich viele in einem System bewegen, das für sie unberechenbar und schwer durchschaubar wirkt. Hinzu kommen strukturelle Hürden und rassistische Erfahrungen, die das Vertrauen zusätzlich schwächen. Ob selbst erlebt oder aus dem Umfeld berichtet. Solche Erlebnisse erschüttern das Gefühl von Sicherheit und Zugehörigkeit tiefgreifend.

Was hilft den Menschen trotz all dieser Unsicherheiten, Stabilität und Vertrauen zu finden?

Sophie: Oft sind es die kleinen, aber echten Begegnungen, die viel bewirken: eine verständnisvolle Sozialarbeiterin, ein engagierter Ehrenamtlicher, jemand, der einfach zuhört. Auch der Rückhalt in der eigenen Community spielt für viele eine große Rolle. Aufgrund von Erfahrungen im Herkunftsland ist es für manche Klient:innen jedoch auch schwierig, Vertrauen in Personen aus dem eigenen Herkunftsland, auf die sie in Deutschland treffen, zu haben. Für diese Klient:innen kann es hilfreich sein, in der psychologischen Beratung auf neutralem Boden neue und stabile

Beziehungserfahrungen zu machen. Insgesamt sind Orte, an denen man sich sicher fühlt und gehört wird, unglaublich wichtig. Für viele ist das der erste Schritt, um wieder Vertrauen zu fassen.

In der Arbeit mit Klient:innen beobachte ich immer wieder die positiven Auswirkungen von strukturgebenden Dingen wie dem Besuch von Deutschkursen oder der Berufstätigkeit. Ob diese positiv erlebten, häufig als stabilisierend wahrgenommenen Möglichkeiten bestehen, hängt hierbei zu einem großen Teil von den gegebenen staatlichen Strukturen und der Ausstellung einer Arbeitserlaubnis ab. Für viele Klient:innen bietet diese Beschäftigung eine Perspektive, eine Struktur für den Alltag und ein gewisses Gefühl an "Normalität". Wichtig ist im Auge zu behalten, dass dies nicht für alle Klient:innen möglich ist. Klient:innen müssen oft Jobs in einer erschwerten Umgebung nachgehen.

Welche Faktoren gefährden die psychische Stabilisierung am stärksten?

Sophie: Vor allem die Lebensumstände in Gemeinschaftsunterkünften mit fehlender Privatsphäre, ständiger Unruhe und Unsicherheit über die Zukunft. Unter solchen Bedingungen ist es sehr schwierig, zur Ruhe zu kommen und psychische Stabilität zu finden. Die Verarbeitung von traumatischen oder belastenden Erlebnissen im Herkunftsland oder auf der Flucht wird häufig durch die weiterhin instabile und unsichere Situation erschwert. Sichere Perspektiven und Planungs- sowie Handlungsfreiheit wären hier grundlegend, um einen Rahmen für psychische Stabilisierung zu schaffen.

Wo stößt du in deiner Arbeit an fachliche Grenzen?

Sophie: Ganz klar bei der Weitervermittlung. Es gibt zu wenig Therapieplätze, spezialisierte Angebote und erreichbare Angebote. In einem Flächenland wie Brandenburg kommen noch lange Wege und eingeschränkte Erreichbarkeit

hinzu. Viele schaffen es daher nicht, regelmäßig Termine wahrzunehmen, sei es wegen der Entfernungen, Sprachbarrieren oder der Unbeständigkeit ihres Alltags. Eine langfristige therapeutische Begleitung wäre für viele dringend nötig, ist aber selten möglich. Wir können in der Beratung nur stabilisierend wirken. Wer tatsächlich eine Therapie braucht, hat oft einen sehr langen Weg vor sich.

Auch in Bezug auf den rechtlichen Rahmen, gegeben durch das Asylverfahren und die damit einhergehenden Regelungen, zeigen sich fachliche Grenzen. Die Funktionsweise des Systems und die damit einhergehenden langen Wartezeiten verursachen große Unsicherheit und stellen eine akute psychische Belastung dar. Wir begleiten Klient:innen in diesem Prozess und versuchen Sie im Umgang mit dieser Unsicherheit zu stärken, haben jedoch oft wenig Handhabe für psychisch schwer belastete Klient:innen, kurzfristige praktische Veränderungen herbeizuführen, die sie entlasten und eine potentielle Chronifizierung ihrer Symptomatik abwenden könnte.

Was wünschst du dir von Politik und Gesellschaft, um die psychische Gesundheit geflüchteter Menschen besser zu schützen?

Sophie: Zuerst einmal eine verlässliche und langfristige Finanzierung. Nur stabile Strukturen ermöglichen es, Vertrauen aufzubauen und kontinuierlich mit den Menschen zu arbeiten. Fachstellen brauchen Zeit, Ressourcen und gute Zusammenarbeit mit anderen Institutionen. Der Aufbau dieser Strukturen und Beziehungen und auch der Austausch über mögliche besondere Bedürfnisse unserer Klient:innen, um sie zu unterstützen, Zugang zum System zu erlangen, benötigen Zeit. Darüber hinaus wünsche ich mir mehr offene Begegnungsräume, Orte, an denen geflüchtete Menschen willkommen sind, sich austauschen und teilhaben können. Immer wieder höre ich in meinen Beratungsräumen den Wunsch, in Kontakt zu kommen, mit den Bewohner:innen des jeweiligen Ortes, außerhalb der Gemeinschaftsunterkunft, um sich zu begegnen, Deutsch zu lernen und anzukommen. Ganz grundsätzlich wünsche ich mir mehr Offenheit, echtes Interesse und die Bereitschaft, Menschen auf Augenhöhe zu begegnen.



Handlungsempfehlungen für die zukünftige Verbesserung der psychosozialen Versorgung geflüchteter Menschen

Die psychische Gesundheit ist ein entscheidender Faktor für einen erfolgreichen Ankommens- und Teilhabeprozess. Wenn Menschen, die Schutz suchen, psychisch stabil sind, können sie besser am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Brandenburg hat hier bereits wichtige Fortschritte gemacht, die als positive Grundlage dienen. Zwei besondere Meilensteine sind: Geflüchtete erhalten nach der Verteilung in die Kommunen die Gesundheitskarte und einen Zugang zur Gesundheitsversorgung. Leider können sie insbesondere bei psychotherapeutischen Bedarfen ihren Behandlungsbedarf nicht realisieren, weil sie effektiv keine Behandlungsbereiten Psychotherapeut:innen finden. Das Verfahren zur Früherkennung besonders schutzbedürftiger Geflüchteter in der Erstaufnahmeeinrichtung erreicht allerdings nicht alle Betroffenen und führt oft nicht zur Verbesserung ihrer Aufnahmebedingungen.

Vor diesem Hintergrund beteiligten wir uns im Rahmen der „Arbeitsgruppe Gesundheit und Menschenrechte“ des Landesintegrationsbeirats aktiv an einem landesweiten Prozess. Gemeinsam mit Akteur:innen aus Gesundheitswesen, psychosozialer Arbeit und Verwaltung sammelten wir Praxiserfahrungen, analysierten strukturelle Hürden und entwickelten konkrete Empfehlungen zur Verbesserung der psychosozialen Versorgung geflüchteter Menschen.

Die Ankunftsphase: Hürden von Anfang an

Die ersten Wochen bestimmen maßgeblich, wie gut geflüchtete Menschen psychisch stabil bleiben oder werden. Drei strukturelle Probleme prägen die Erstaufnahme:



Fehlendes Fachpersonal

Herausforderung: In der Erstaufnahmeeinrichtung gibt es zu wenige Psycholog:innen sowie Kinder- und Jugendpsychotherapeut:innen.

Lösung: Es sollten Psycholog:innen und Psychotherapeut:innen von außerhalb der Einrichtung systematisch hinzugezogen werden.



Verzögerte Versorgung für Schwerkranke

Herausforderung: Schwere psychische Erkrankungen werden zu spät behandelt, weil Betroffene zu lange in der Erstaufnahme bleiben.

Lösung: Frühzeitige Weiterverteilung in die Kommunen unmittelbar nach der Registrierung.



Informationsverluste bei der Verteilung

Herausforderung: Gesundheitsinformationen gehen beim Übergang an Kommunen häufig verloren.

Lösung: Einrichtung qualifizierter Empfänger:innen in Sozialämtern und Möglichkeit von Fallkonferenzen bei komplexen Fällen.

Daneben gibt es weitere Bedarfe in der Erstaufnahme: Ausbau niedrigschwelliger Beratungsangebote (z. B. für LSBTIQ*) und ausreichende Bewegungsfreiheit, um Behandlungsangebote in Berlin nutzen zu können.

Der Alltag in den Kommunen: Strukturelle Barrieren überwinden

Die Qualität psychosozialer Versorgung entscheidet sich maßgeblich vor Ort. Drei Handlungsfelder sind zentral:



Passende Wohnformen für besonders Schutzbedürftige

Herausforderung: Standardunterkünfte können eine schwere psychosoziale Belastung verursachen.

Lösungen: Spezielle geeignete Unterbringung für psychisch schwerbelastete Menschen & Nutzung bestehender sozialrechtlicher Möglichkeiten (Eingliederungshilfe gem. SGB IX).



Kompetenzen der Mitarbeitenden stärken

Herausforderung: Sozialämter, Unterkünfte und sozialpsychiatrische Dienste benötigen Fachwissen im Umgang mit psychisch belasteten Menschen.

Empfehlung: Psychosoziale Qualifikation und fachliche Vernetzung.



Rechtliche Spielräume nutzen

Herausforderung: §6 AsylbLG ermöglicht zusätzliche Leistungen zur Gesundheitsunterstützung.

Lösung: Kommunen sollten diesen Spielraum konsequent nutzen, Eingliederungshilfe gewähren und die Expertise der sozialpsychiatrischen Dienste einbeziehen.

Das Gesundheitssystem: Zugang für alle schaffen

Lange Wartezeiten treffen alle, doch geflüchtete Menschen besonders. Zwei zentrale Hürden prägen den Zugang zu Therapie und Diagnostik:



Sprachbarrieren

Herausforderung: Verzögerte Diagnosen, Therapien kommen nicht zutsande, Unsicherheit beim Fachpersonal.

Lösungen: Dauerhafte Finanzierung von Telefon- und Videodolmetschen, Schulungen für medizinisches Personal & Vereinfachung der Abrechnungsverfahren für Sprachmittlung.



Fehlende Vernetzung und Spezialisierung

Herausforderung: Zersplitterte Zuständigkeiten und fehlende Koordination.

Lösungen: Ausbau flucht- und migrationsspezifischer Fachstellen bei den Nichtregierungsorganisationen (PSZ) und bei sozialpsychiatrischen Diensten & Stärkung regionaler Kooperationen zwischen Landkreisen, Städtenm Therapeut:innen, PIAs, Kliniken und den PSZ.

„Wer psychische Gesundheit schützt, verhindert Leid, wahrt Rechte und stärkt die Voraussetzungen für Teilhabe: Ein Gewinn für ganz Brandenburg.“



Ein gemeinsamer Auftrag

Die psychosoziale Versorgung Geflüchteter kann gelingen, wenn drei handlungsleitende Prinzipien ernst genommen werden:

1

Frühzeitige und durchgehende Unterstützung

Die Versorgungskette darf beim Wechsel zwischen zuständigen Stellen nicht abreißen. Übergänge müssen professionell gestaltet sein.

2

Systeme anpassen, nicht Menschen

Mehr Sprachmittlung, geschultes Personal und spezialisierte Angebote – das System muss die Bedarfe der Menschen widerspiegeln.

3

Zusammenarbeit als Schlüssel

Nur vernetzte Strukturen zwischen Land, Kommunen, Medizin und psychosozialen Diensten ermöglichen nachhaltige Unterstützung.

Die Empfehlungen und Informationen in diesem Kapitel basieren auf dem Empfehlungspapier, dass die AG Gesundheit und Migration des Landesintegrationsbeirats Brandenburg vorgelegt hat: [Empfehlungen für die zukünftige Verbesserung der psychosozialen Versorgung Geflüchteter](#)

Finanzen

Einnahmen

Öffentliche Mittel	7.451.889,09 €	81 %
Nicht öffentliche Mittel	1.298.163,89 €	14 %
Sonstige	440.186,06 €	5 %
Krankenkassenleistung für Psychotherapie	23.906,23€	0 %
Privatspenden	6.713,61 €	0%
Mitgliedsbeiträge	250,00 €	0 %
	9.221.108,88 €	100 %

Ausgaben

Personalkosten	5.293.984,22 €	63 %
Weiterleitungen	2.151.541,62 €	25 %
Honorare, Ehrenamt & Fortbildungen	480.049,60 €	6 %
Raum- und Betriebskosten	327.653,88 €	4 %
Verwaltung & Infrastruktur	91.833,59 €	1 %
Abschreibungen	43.694,19 €	1 %
Sonstige Ausgaben	42.053,85 €	0 %
Versicherungen & Mitgliedsbeiträge	15.489,98 €	0 %
	8.446.300,93 €	100 %
Überschuss	774.807,95€	

Hinweis: Der in diesem Jahr verzeichnete Überschuss ergibt sich aus der vorzeitigen Überweisung von Projektgeldern, die für das kommende Jahr vorgesehen sind. Diese Mittel wurden bereits im laufenden Jahr überwiesen, obwohl ihre Verwendung erst im darauffolgenden Jahr geplant ist. Die hier aufgeführten Zahlen gehören zum Jahresabschluss für den Träger KommMit – für Geflüchtete und Migrant:innen e.V..

Unterstütze Uns

Der Hilfetopf ermöglicht uns zusätzliche Mittel, wie Therapiematerialien, Fahrtickets oder Anwaltskosten für geflüchtete Menschen im Rahmen unserer Arbeit bereitzustellen.

Die psychologische oder psychosoziale Versorgung traumatisierter, geflüchteter Menschen ist nur unzureichend durch öffentliche Gelder gedeckt und gerade 4,1 Prozent der potenziell behandlungsbedürftigen Personen können angemessen versorgt werden. Daneben gibt es strenge Vorschriften, wofür erhaltene Gelder verwendet werden können. Diese schließen häufig weitere Kosten, die im Rahmen unserer Arbeit entstehen, wie zum Beispiel Fahrtkosten oder juristische Unterstützung aus. Dennoch sind geflüchtete Menschen dringend auf diese Unterstützung angewiesen.

In unserem Hilfetopf sammeln wir Gelder, um diese zusätzlichen Kosten zu decken. Das Geld im Hilfetopf wird je nach der Dringlichkeit des individuellen Bedarfs verwendet und von uns auf verschiedene Projekte verteilt.

Spende jetzt per Banküberweisung

Empfänger: KommMit für Geflüchtete und Migrant:innen e. V.

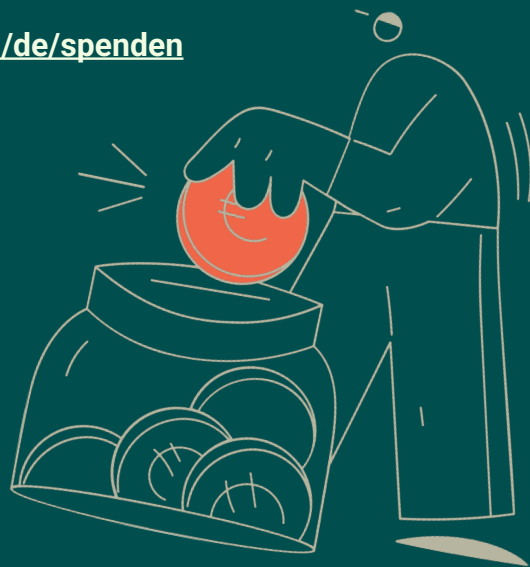
IBAN: DE92 3702 0500 0003 0047 00

BIC: BFSWDE33BER

Bank: SozialBank AG

Verwendungszweck: PSZ

**Spende online unter www.kommmit.eu/de/spenden
oder verwende den QR-Code.**



Verweise

Projekte

1. **Hürden nehmen – Psychosoziale Versorgung für Geflüchtete:** <https://www.kommmmit.eu/de/huerden-nehmen>
2. **Psychotherapeutische und psychosoziale Versorgung im Land Brandenburg (Bundesprogramm):** <https://www.kommmmit.eu/de/psychotherapeutische-psychosoziale-versorgung-land-brandenburg>
3. **Psychosoziale Unterstützung und psychotherapeutische Versorgung für Geflüchtete im Landkreis Teltow-Fläming:** <https://www.kommmmit.eu/de/psychosoziale-unterstuetzung-und-psychotherapeutische-versorgung-fur-gefluchtete>
4. **Psychosoziales Angebot für belastete Flüchtlingskinder im Übergangwohnheim Ludwigfelde und Luckenwalde:** <https://www.kommmmit.eu/de/psychosoziales-angebot-fur-belastete-fluechtlingskinder>
5. **Psychosoziale Unterstützung und psychotherapeutische Versorgung für geflüchtete Menschen im Landkreis Teltow-Fläming:** <https://www.kommmmit.eu/de/psychosoziale-unterstuetzung-und-psychotherapeutische-versorgung-fur-gefluchtete>
6. **Psychosoziale Gesundheitsressourcen in Märkisch-Oderland stärken:** <https://www.kommmmit.eu/de/psychosoziale-gesundheitsressourcen-in-markisch-oderland-starken>
7. **Verbesserung der Aufnahmebedingungen für geflüchtete Menschen in Brandenburg (VASIB):** <https://www.kommmmit.eu/de/verbesserung-aufnahmebedingungen-fuer-gefluechtete-menschen-brandenburg>
8. **Behördenunabhängige Asylverfahrensberatung (AVB):** <https://www.kommmmit.eu/de/behörde>
9. **Asylverfahrensberatung für queere und vulnerable Schutzsuchende:** <https://www.kommmmit.eu/de/behordenunabhangige-asylverfahrensberatung-asylverfahrensberatung-fur-queere>
10. **Unabhängige Rechtsmittelberatung in Zentraler Erstaufnahmeeinrichtung Eisenhüttenstadt:** <https://www.kommmmit.eu/de/unabhangige-rechtsmittelberatung-in-erstaufnahmeeinrichtung-eisenhuettenstadt>
11. **Rechtliche Beratung suchterkrankter obdachloser Geflüchteter am Berliner Leopoldplatz:** <https://www.kommmmit.eu/de/anwaltliche-beratung-suchterkrankter-obdachloser-gefluchteter-am-leopoldplatz>
12. **Famileienferienreisen für Geflüchtete aus Brandenburg im Jahr 2024**
13. **Qualifizierungsprogramm für Mitarbeiter:innen der Fachberatungsdienste der Migrationssozialarbeit**

Quellen

14. **UNHCR. (2024).** *Global Trends Report 2024*. Abgerufen am [15.11.2025], von <https://www.unhcr.org/sites/default/files/2025-06/global-trends-report-2024.pdf>

- 15. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. (2025).** *Aufenthaltstitel verlängern sich erneut automatisch um ein Jahr bis zum 4. März 2026.* Abgerufen am [15.11.2025], von <https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/ich-moechte-mehr-wissen-ueber/flucht-und-asyl/aufenthaltstitel-verlaengern-sich-erneut-automatisch-um-ein-jahr-bis-zum-4-maerz-2026-2266260>
- 16. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). (2024).** *Bundesamt in Zahlen 2024.* Abgerufen am [15.11.2025], von <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/BundesamtinZahlen/bundesamt-in-zahlen-2024.pdf>
- 17. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). (o. J.).** *Abschiebungen in Deutschland.* Abgerufen am [15.11.2025], von <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/zahlen-zu-asyl/265765/abschiebungen-in-deutschland/>
- 18. Tagesschau. (2024).** *Deutschland: Zahl der Abschiebungen 2024 gestiegen.* Abgerufen am [15.11.2025], von <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/deutschland-abschiebungen-2024-100.html>
- 19. Bündnis für Brandenburg. (2025).** *Weniger Geflüchtete in Brandenburgs Kommunen untergebracht.* Abgerufen am [15.11.2025], von <https://www.buendnis-fuer-brandenburg.de/2025/04/24/weniger-gefluechtete-in-brandenburgs-kommunen-untergebracht/>
- 20. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz Brandenburg (MSGIV). (2024).** *Aufnahmesoll Geflüchtete reduziert.* Abgerufen am [15.11.2025], von <https://mgs.brandenburg.de/mgs/de/presse/pressemitteilungen/detail/~02-07-2024-aufnahmesoll-gefluechtete-reduziert>

Psychosoziales Zentrum für Geflüchtete und Migrant:innen in Brandenburg

Kontakt- und Postadresse

Darwinstraße 17
10589 Berlin

Tel.: 030 607 777 63

Fax: 030 607 777 887

E-Mail: kontakt@kommmmit.eu

Trägerin:

KommMit – für Geflüchtete und Migrant:innen e.V.

Turmstraße 72

10551 Berlin

Vertreten durch: Joachim Rüffer

Amtsgericht Berlin-Charlottenburg

Aktenzeichen VR 22247 B

Steuer-Nr. 27/670/62194

Stand: November 2025